

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Rathhäuserstraße 6. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die Gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die Gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— Rm. Bei Postbezug 1.50 Rm.

Nummer 20. Donnerstag, den 25. Februar 1926 30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der preussische Staatrat ist zum ersten Male nach den Neuwahlen zu seinen Beratungen zusammengetreten. Nach den vorläufigen Feststellungen ist die Stärke der Fraktionen folgende: Zentrum 17 (20), Kommunisten 5 (4), Demokraten 2 (3).

Die verlaute, trägt man sich in Kreisen der Zentrumskolonnen des Reichstages mit dem Gedanken, für den Fall, daß die Befreiung des Abgeordneten Fehrenbach länger andauert, die Führung der Fraktion interimistisch einer anderen Persönlichkeit in Einzelvertrauen. Für diesen Fall wäre dann damit zu rechnen, daß von den drei gleichberechtigten Stellvertretern des Fehrenbach, Guérard, Becker-Bruckberg und Stegerwald, der Abg. von Guérard mit der Fraktion betraut würde.

Aus Berlin wird mitgeteilt, daß die bisherigen Februar-Einnahmen der Reichsbahn gegenüber einem Tagesdurchschnitt von 13,5 Millionen Mark Bruttoeinnahmen im Januar eine leichte Besserung aufweisen.

Die Amerika-Anleihe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die in New York aufgelegt worden ist, ist ein großer Erfolg geworden. Die Zeichnungen sind bereits geschlossen worden.

Nach Agenturmeldungen ist der Assistent des General-Konsuls in New York nach Deutschland abgereist, um mit General-Bruder Norton in Frankfurt a. M. den Stand der durch den dortigen Verwalter des fremden Eigentums in Amerika, Miller, schwer belastet worden ist, zu besprechen.

Die Ratifikationsurkunde des Vertrages von Locarno ist vom König von England unterzeichnet worden.

Zur deutschen Wirtschaftspolitik.

Unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ wenden sich jetzt der „N. D. Z.“, der „AZ“ und der „N. D. Z.“ mit einer umfangreichen Denkschrift an die Öffentlichkeit, die im wesentlichen ein Gegenstück zu der vom Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlichten Denkschrift „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“ darstellt. Aus den Forderungen der Gewerkschaften sind in der Hauptsache folgende zu nennen:

Ausreichende Befolgung der Beamten, angemessene Versorgung der Kriegskämpfer, Aufrechterhaltung und Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Ersparnisse werden für möglich gehalten durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat, durch Befreiung der Länder von den Verbindungen an die Fürsten, durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Seeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung des Staats des Reichswehrministeriums.

Gefordert werden Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifes und volle Vermeidung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau. Die Verwaltungen der Sozialversicherung müssen umgestaltet und eine ausreichende Arbeitslosenversicherung muß durchgeführt werden, Erhöhung des Lohnniveaus, Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Jede künstliche Kreditschöpfung von Krediten wird abgelehnt. Durch eine planvolle Kreditverteilung soll die Volkswirtschaft in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt werden.

Zur Handelspolitik wird Abbau der internationalen Zollmauer, besonders aber der deutschen Zollmauer als das Gebot der Lage bezeichnet. Die Durchführung der Betriebsrationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsrate unter Vermeidung sozialer Härten bestehen. Die Ermäßigung von Steuern zur Erleichterung von Konzentrationen wird nur bei gleichzeitiger Erhöhung anderer Besteuerungen gebilligt. Die Preispolitik der Kartelle darf nicht auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise hinauslaufen. Die staatliche Kartellaufsicht soll ausgebaut und in die Hände eines besonderen Kartellaufsichtsamtes gelegt werden.

Die unbestreitbare Sicherheit, die sich für unser Land aus dem Vertragstext ergibt, kann nur durch die unaufhörliche Stärkung des Völkerbundes und gleichzeitig durch unsere beharrliche Intervention in Genf befestigt und ausgebaut werden. Wollte man die Tragweite der Abmachungen von Locarno verkennen, so hieße das nicht nur an den Staatsmännern eine schreiende Ungerechtigkeit begehen, denen wir sie verdanken, sondern auch unserem Lande Hoffnungen rauben, auf die es durch seine Opfer im Kriege und durch seine Bemühungen um den Frieden ein Anrecht hat.

Andereits wäre es verfehlt, sich durch das Gelöbnis der Sicherheit einschläfern zu lassen. Die Abmachungen von Locarno bedeuten kein Ende, sondern einen Anfang oder richtiger gesagt eine Etappe. Der Völkerbund hat bereits als Konsequenz der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und auf Grund des Artikels 8 des Pactes die vorbereitenden Maßnahmen zur Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz getroffen. Frankreich hat dieser Maßnahme zugestimmt und wird auch weiterhin sich mit allen Kräften an den vorbereitenden Abrüstungsarbeiten beteiligen. Niemand wünscht mehr, daß die kostspieligen Rüstungsarbeiten erleichtert werden, als Frankreich. Es hat aber unzweifelhaft seine Absicht kundgegeben, daß die Abrüstung der Frankreich gewährten Sicherheit angepaßt sein muß. Es hängt von der Entwicklung dieser Sicherheit, von der Erweiterung der Abmachungen von Locarno und schließlich von dem Beitritt der noch abseits stehenden Großmächte zu dieser Friedenspolitik und ihrem Eintritt in den Völkerbund ab, ob eine allgemeine Abrüstung zustandekommen wird.

Die Hilfe für das besetzte Gebiet.

Eine Beschwerde der Gemeinden.

Der Verband der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete hat an die zuständigen Stellen der Reichs- und Staatsregierung eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die im April v. J. bewilligten 75 Millionen Mark für Hilfsmagnahmen im besetzten Gebiet eine Erleichterung der finanziellen Notlage der Gemeinden bisher nicht gebracht hätten. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß von den durch den Reichstag bewilligten 75 Millionen Mark nur eine verhältnismäßig unbedeutende Summe für die Gemeinden und Gemeindeverbände des besetzten Gebietes wirklich verausgabt worden ist. Der Verband richtet erneut an die Reichs- und Staatsregierung die dringende Forderung, nunmehr den Gemeinden und Gemeindeverbänden des besetzten und des inzwischen geräumten Gebietes mit wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu Hilfe zu kommen.

Serabfehlung der Bankzinsen.

Besprechung zwischen Reichsregierung und Banken.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hatte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gestern in Gegenwart des Reichsministers der Finanzen und des Reichsbankpräsidenten eine Besprechung mit den Vertretern der Banken über die Frage der Entwertung der Bankzinsen und Provisionen. Der Reichsminister gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in den letzten Tagen bereits die Stempelvereinigung den Beschluß gefaßt habe, die Debitzinsen um 1%, also auf 1% über Reichsbankfuß herabzusetzen. Nach dem Verlaufe der Besprechungen ist bestimmt zu erwarten, daß auch die übrigen deutschen Banken sich diesem Beschluß anschließen. Der Reichsbankpräsident hat auch bei diesem Anlaß die baldige Serabfehlung des Lombardfußes auf 1% über Reichsbankfuß in Aussicht gestellt.

Amerikanische Kriegsbeher.

Der Berliner Völkischer Gerard und Oberst House.

Die Memoiren des Obersten House schildern das weitere Einwirken auf den Präsidenten Wilson im Herbst des Jahres 1915, um ihn zur Kriegserklärung an Deutschland zu bewegen.

Am 20. Juli 1915 schrieb der amerikanische Völkischer in Berlin, die Deutschen seien überzeugt, sie könnten die Amerikaner beleidigen, ohne eine Strafe befürchten zu müssen und behandelten die amerikanischen Noten wie einen Fegen Papier. Als am 21. August nach der Verleumdung der „Arabie“ Wilson House um Rat fragte und die Meinung ansprach, Amerika rechne darauf, daß das Land vor dem Kriege bewahrt werden müsse, antwortete House, wenn Wilson den Nationalstolz Amerikas verlege, werde er seine Autorität verlieren.

Er regte an, den Völkischer Gerard abzuverufen und die Entfernung Bernstorffs von seinem Völkischerposten zu veranlassen. Nachdem Graf Bernstorff darauf gedrungen hatte, Wilson möge sich eine endgültige Entscheidung reiflich überlegen, appellierte Wilson nochmals an House, der ihm erklärte, er habe immer größtes Vertrauen gegen die deutsche Diplomatie gehabt.

„Volk und Vaterland.“

In einer in Berlin veranstalteten Kundgebung für Geisteskultur ergriff auch Reichskanzler Dr. Luther das Wort. Er führte dabei u. a. aus:

„Ich habe nie einen Zweifel gehabt, daß es für die Politik des Deutschen Reiches überhaupt nur zwei Ziele oder sagen wir, ein Doppelziel gibt und das heißt: „Staat und Kultur“. Und wenn Sie diese beiden Begriffe zusammenfassen wollen, so können Sie darüber wohl auch schreiben: „Volk und Vaterland“. Nun ist es leider richtig, daß die unmittelbare Arbeit der Reichsregierung nicht nur beengt und gedrängt wird durch die große Not, sondern auch begrenzt wird durch die Verfassung unseres Volkes, nicht sowohl durch die geschriebene Verfassung, die geworden ist im Strom der Zeit, sondern durch die Zusammenhänge mit dem wohl auf absehbare Zeit leidenden inneren Aufbau unseres Volkes. Die Ziele des Reiches sind verbunden mit der Zuständigkeit der Länder, die in dem Wesen des Deutschlands verwurzelt sind. Dem Reich fehlt im allgemeinen in Kulturfragen die Zuständigkeit. Das ist eine Tatsache, die doch der Arbeit der Reichsregierung eine gewisse Besonderheit gibt. Ich habe es immer als einen Mangel empfunden, daß wir in der praktischen Arbeit im Reich, in der Reichsregierung und im Reichstag zu wenig mit Kulturfragen zu tun haben. Wenn ich mich mit kulturellen Fragen beschäftige, gehen meine Gedanken sehr gerne zurück in jene Zeit, wo ich Oberbürgermeister von Essen war. Eine solche westliche Stadt gibt für den, der Städtebilder mit Verstand zu lesen vermag, den überzeugenden Eindruck der Stadt ohne ausgebreiteten Mittelstand. Das bedeutet natürlich nicht ein Fehlen der Kultur schlechthin. Die Spitzenleistungen der Kultur sind gerade da, wo die Spitzenleistungen der Wirtschaft mit am stärksten vorhanden sind, und sind als Voraussetzung für wirtschaftliches Schaffen so notwendig, wie nur irgend etwas anderes. Und auf der anderen Seite steht das große Kulturwollen in diesen großen Arbeitermassen.

So ist mir von meiner früheren Arbeit her diese große Tatsache voll lebendig, daß wir ohne den geistigen Mittelstand doch nur mit Hilfskonstruktionen die Kultur in die breiten Volksmassen hineintragen können, und letzten Endes bleibt ja das Ziel, denn die Kultur muß immer eine Kultur des Volkes sein. Besonders wichtig ist eine solche feste Grundlage für geistige Arbeit in Zeiten, wie wir sie heute erleben, wo einmal die allgemeine Not eine gewisse Abwendung von kulturellen Dingen überhaupt zur Folge hat. Aber wir wissen auf der anderen Seite auch, daß eine gewisse Breite des wirtschaftlichen Lebens die beste Tragfläche auch für eine gewisse Breite des kulturellen Lebens ist.

Reichskanzler Dr. Luther gab dann die Versicherung ab, daß vom Reich, auch wenn die Sorge für die deutsche Kultur im allgemeinen Aufgabe der Länder sei, alles geschehen werde, um die Kultur in ihren Aufgaben zu unterstützen. So sei es auch in der Zeit der schwersten Inflation geglückt, die Mittel für die Aufrechterhaltung des Kaiser-Wilhelm-Institutes aufzubringen. Dr. Luther gab dann einen Überblick über die Summen, die vom Reich für besondere Kulturaufgaben zur Verfügung gestellt worden sind und schloß mit dem Hinweis, daß nur deutsches Selbstbewußtsein und deutsche Tat das deutsche Volk wieder einem freien und glücklichen Vaterland zuführen könnten.

Die Höllenmaschine in der Panzerkassette.

Wichtige Funde im Schloß des Prinzen Windisch-Grätz.

Die mit der Untersuchung der ungarischen Frankenfälschung beauftragten Kriminalbeamten haben im Schloß Sarospatat, dem Wohnsitz des Prinzen Windisch-Grätz, in einer Panzerkassette außerordentlich wichtige Dokumente gefunden, die für den weiteren Verlauf der Verhandlungen in der Frankenfälschungsaffäre von bedeutender Entscheidung sein sollen.

Die Panzerkassette, die schon vor längerer Zeit gefunden wurde, konnte bisher nicht geöffnet werden, da die gewaltsame Öffnung mit Rücksicht auf angebrachte explosive Schloßteile gefährlich erschien. Dieser Tage wurden nun die Schloßteile gefährlich entfernt. Sachverständige stellten fest, daß die gewaltsame Öffnung eine Explosion verursacht hätte, durch die der ganze Schloßteil, in dem die Kassette untergebracht war, vernichtet worden wäre.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Frankenfälschungen.

Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Frankenfälschungsangelegenheit stellt fest, daß es die Aufgabe des Ausschusses sei, eine vollkommene und objektive Klarstellung des Tatbestandes zu liefern, während die Beurteilung der Verantwortlichkeit selbst Sache der Nationalversammlung sei.

Nach Aussage von Windisch-Grätz stamme die Idee der Frankenfälschung nicht von ihm, sondern aus dem Ausland, nach Rabas' Behauptung aus Deutschland. Alle Teilnehmer der Straßhandlung beriefen sich im allgemeinen auf patriotische Ziele, ohne jedoch eine einheitliche Richtung zu bezeichnen. Bismarck übereinstimmend sei aber ihre Behauptung, daß der

Sturz der gegenwärtigen Regierung

herbeigeführt werden sollte. Es könne auch festgestellt werden, daß die Aktion nicht frei von gewissen materiellen Absichten war. Hinsichtlich der Frage der Verantwortlichkeit führt der Bericht aus, es lasse sich logisch nicht denken, daß eine Regierung eine Aktion decke, deren Zweck ihr Sturz sei. Bethle erklärte, die Behauptung, die Tätigkeit der Fälscher sei mit seiner Unterstützung erfolgt, sei eine Lüge.

Was die politische Verantwortung des Ministers des Innern betrifft, so stellte der Ausschuss fest, daß der Minister am 18. Dezember von der Frankenfälschungsangelegenheit Kenntnis erhielt, als in Holland Verhaftungen wegen Inverleumdung falscher Frankennoten erfolgten. Auf die Aufforderung des Ministerpräsidenten wies der Minister des Innern den Polizeichef Radossy an, über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten. Am 22. Dezember traf die Mitteilung der Amsterdamer Polizei ein, Jankowitsch habe sich auf Radossy berufen. Radossy wurde noch an demselben Tage von der Polizei vernommen. Er leugnete jedoch entschieden, von falschen Frankennoten etwas zu wissen. Er gestand nur, den Sturtpaß für Jankowitsch beschafft zu haben. Der Minister des Innern forderte nach Erhalt der Saager Zuschrift Radossy sofort auf, um Urlaub einzukommen. Am 25. Dezember ließ der Minister des Innern Radossy und Windisch-Grätz zu sich bestellen, um von ihnen weitere Daten für die Untersuchung zu verlangen. Durch das Gespräch wurde der Minister des Innern bestärkt, daß

Windisch-Grätz an der Frankenfälschungsangelegenheit unbedingt beteiligt

war, und daß auch Radossy davon wissen mußte. In ein entscheidendes Stadium traten die Nachforschungen erst am 28. Dezember ein, als die französischen Vertreter ein an die Adresse der in Holland Verhafteten gerichtetes und in Budapest aufgegebenes Telegramm überbrachten, auf Grund dessen der Absender des Telegramms, Raba, festgestellt wurde. Windisch-Grätz leugnete nach am 31. Dezember bei der Polizei seine Schuld entschieden, worüber der Minister des Innern dem Ministerpräsidenten Bericht erstattete. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern beschloßen, die Strafangelegenheit bis in die kleinsten Einzelheiten aufzudecken.

Der Ausschuss stellt fest, daß eine politische Verantwortung des Ministers auf Grund irgendwelcher Maßnahmen oder Unterlassung nicht vorliege, und daß keine belastenden Beweise oder Auslagen hinsichtlich des ungarischen Gesandten in Berlin auftauchten.

Aus Nah und Fern.

Die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden.

Anfrage der hessischen Landtagsabgeordneten.

Die Landwirtschaftskammer versucht in einer Zuschrift an die Presse den Erörterungen im Preuß. Landtag im voraus zu begegnen und es sei daher gestattet, einige Tatsachen der Öffentlichkeit bekannt zu geben, die auch für die Verhandlungen im Preußischen Landtag von Interesse sein dürften:

Bezüglich der Umlage ist es richtig, daß die Kammer statt der von ihr seinerzeit beabsichtigten Umlage von 9 Prozent auf „nur“ 7 Prozent zurückgegangen ist. In ihrer eignen Aufstellung gibt sie zu, daß andere Kammern weit unter dieser Umlage zu wirtschaften versuchen, und nur eine einzige, nämlich Schneidemühle mit 7 Prozent die Wiesbadener Kammerumlage erreicht. Die Wiesbadener Kammer betont, daß das eine Prozent Kammerumlage ihr nur 70 000 Mark einbringt, während bei anderen Kammern das eine Prozent Umlage 300 000 Mark einbringe. Statt sich nun dieser Tatsache bewußt zu sein, und zu sparen, wird in Wiesbaden aus dem „Vollen“ gewirtschaftet. Einige Zahlen sollen dies dartun:

Im Haushaltsplan der Kammer sind für das Jahr 1925 knapp ein Zehntel der gesamten Umlage, nämlich 47 000 Mark zu den landwirtschaftlichen Schulen vorgesehen, auf die die Kammer in ihrer Verlautbarung als „vorbildliche“ Organisation hinweist. Dagegen fordert die Kammerverwaltung einen Zuschuß von 192 570 Mark, das sind 40 Prozent der gesamten Umlage und 93 000 Mark mehr wie im Jahre 1924. 30 Beamte und Angestellte sind für die Wiesbadener Kammer zu viel. Neben einem

Kammerdirektor in Gruppe 13 und drei Abteilungsvorstehern in Gruppe 11 muß aber auch noch das Gehalt für den früheren Kammerdirektor aufgebracht werden, der aus der Kammer ausgeschieden ist, weil er mit deren Geschäftsführung nicht einverstanden sein konnte. Im Jahre 1925 sind für die Bedürfnisse des Vorstandes 16 832 Mk. mehr eingestellt worden wie im Vorjahre. Die Gesamtaufwendungen dafür betragen etwa 27 000 Mark. Trotz der schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Landwirtschaft im allgemeinen und die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden im besonderen befinden, hat es die Kammer fertiggebracht, das viel zu teure Weingut in Eltville anzukaufen und sich damit eine Last aufzuladen, deren Auswirkungen heute noch nicht abzusehen sind. Der Dedmantel war das angebliche Bedürfnis der Wingerschule im Rheingau nach solchem Gute. Obwohl die Wingerschule neben der Geisenheimer Forschungsanstalt vielleicht des guten zu viel war, konnte man mit deren Einrichtung einverstanden sein, so lange sie sparsam und vernünftig geführt wurde und vor allem aber auch ihre Lage zweckentsprechend war. Sie ist heute in dem Kammerweingut zwischen Eltville und Nieder-Walluf untergebracht, also nicht im Herzen des Rheingaus und für die Besucher wenig günstig gelegen; aber auch die Unterbringung in dem Gutshause selbst ist nicht nach für die Schule geltenden Prinzipien erfolgt, denn die besten Räume sind für die Sitzungen der Kammer vorbehalten. Die Kammer hat ihren Sitz in Wiesbaden; wozu noch ein zweiter Sitzungslokal dienen soll, ist nur den eingeweihten Kreisen verständlich. Leiter und Kuratorium der Schule hatten sich seinerzeit bei Verlegung der Wingerschule einstimmig für eine sachgemäße Verteilung der Schulräume ausgesprochen, eine Regelung, die die Kammerleitung mit einer diktatorischen Verfügung einfach auf die Seite geschoben hatte. Trotz den Wahrnehmungen aller Sachverständigen insbesondere trotz des Widerstandes des inzwischen verstorbenen Kammermitgliedes und Präsidenten des Rheingauer Weinbauvereins, des Herrn Rentmeister Kögler, Eltville, wurde in diesem von der Kammer erworbenen Weingute eine Wein-Vermittlungsstelle eingerichtet, die nun scheinbar aus den Händen der Kammer in eine G. m. b. H. übergegangen ist. Diese Experimente kommen zwar in dem Haushaltsplan nicht in die Erscheinung; es sei aber in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß der Betriebsfonds der im Jahre 1924 noch 104 000 Mark betrug, auf 32 000 Mark heruntergesunken ist, also volle 72 000 Mark weniger beträgt. Daß bei einem so schmal bemessenen Betriebsfonds schließlich noch Bankgelder in Anspruch genommen werden müssen, liegt sehr nahe.

* **Wiesbaden.** In der Stadtverordnetenversammlung teilte Bürgermeister Schulte mit, daß die Stadt unmittelbar vor der Eingemeindung der Stadt Viebrich und der beiden Gemeinden Sonnenberg und Schierstein stehe, wodurch die Einwohnerzahl um etwa ein Drittel vermehrt und künftig etwa 140 000 betragen werden. Im künftigen Groß-Wiesbaden müsse dann auch eine Neuorganisation der Verwaltung erfolgen.

Kreisverbandssitzung der Freiwilligen Feuerwehren in Viebrich. Sonntag nachmittag um 3 Uhr versammelten sich die Freiwilligen Feuerwehren der Landkreise Wiesbaden-Land, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen im Saale des Kathol. Vereinshauses in Viebrich, sodas eine stattliche Zahl von Wehrleuten den geräumigen Saal füllte. Der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Viebrich, Herr Löber, hieß die Erschienenen im Auftrag der hiesigen Wehren herzlich willkommen, insbesondere Herrn Landrat Schlitt und Herrn Bürgermeister Scheffler, sowie den Verbandsvorstand des Herrn Feuerlöschdirektor Tropp und Herrn Diplom-Ingenieur Studienrat Spieß von der Bau-gewerkschule Idstein. Der Gauvorsitzende Herr Eduard Winkler-Viebrich begrüßte die Anwesenden namens des Gauverbandes. Herr Landrat Schlitt dankte dafür, daß ihm Gelegenheit gegeben worden sei, an dieser ersten Tagung des Kreisverbandes teilzunehmen. Die Behörde könne nur dann sich von den Wünschen und Forderungen Kenntnis verschaffen, wenn sie selbst an den Verhandlungen teilnimmt. Was an ihm liege, so werde er nach Kräften dazu beitragen, daß die Feuerwehren Kassaus eine gewisse Höhe und Vollkommenheit erreichen. Herr Bürgermeister Scheffler begrüßte die Erschienenen namens der städtischen Körperschaften, die stets ein reges Interesse für die Feuerwehr betundet haben. Herr Winkler dankt den Vorred-

nern für ihre Worte, besonders Herrn Bürgermeister Scheffler, der ein warmes Herz für die Feuerwehr der Stadt hat. Das Wort erhält nunmehr der Verbandsvorsitzende, den Tropp-Viebrich zu seinem Vortrage über „Die Feuerlöschpolizeiverordnung von 1906“. Als nächster Redner tritt dann Herr Studienrat Spieß aus Idstein über „Fortbildung und Verbesserung, die noch möglich sind“. Auch an diesem Abend wird mit Beifall aufgenommenen Ausführungen sich eine Aussprache. Der letzte Punkt betraf die Wahl des nächsten Tagungsortes. Vorgesprochen waren Langenschwalbach, St. Goarshausen und Eltville. Eltville zu Gunsten von Langenschwalbach zurück. Die Abstimmung ergab fast Einstimmigkeit für Langenschwalbach.

△ **Der Besuch der Fortbildungsschule.** Das hiesige Landesamt für das Bildungswesen hat gestattet, daß die weiteren vom Besuche der Fortbildungsschule befreit werden. 1. Schüler und Schülerinnen mit neunjährigem Schulbesuch und einjährigem Besuch einer Privathandelschule mit Unterricht; 2. Schüler und Schülerinnen mit achtjährigem Schulbesuch und zweijährigem Besuch einer Privathandelschule mit Vollunterricht, unter der Voraussetzung, daß für die Fortbildungsschule vorgeschriebenen Lehrgängen in der Privathandelschule mindestens in gleichem Umfange Berücksichtigung finden. Es wird darauf hingewiesen, daß der Eintritt in eine Privathandelschule zu Beginn des Jahres erfolgen muß, wenn die Befreiung vom allgem. Besuch der Fortbildungsschule eintreten soll. Für die Befreiung zuständig sind die Kreis- bzw. Stadtschulämter.

△ **Hessische Konfessionsstatistik.** In dem von der Hess. Zentralstelle für die Konfessionsstatistik in den nächsten Tagen ausgegebenen Sonderheft wird auch eine Konfessionsstatistik veröffentlicht. Die Zahl der Evangelischen betrug darnach 885 370, der Katholiken 415 685, der Israeliten 2 der sonstigen Christen 8188 und der sonstigen Nichtchristen 17 635.

△ **Neue Ausgrabungen aus der Zeit vor Christi.** In Gemarkung der Gemeinde Miehle bei Darmstadt sind wieder mehrere Gräber freigelegt, die aus der Zeit um v. Chr. stammen dürften. In den Gräbern, die 2 Meter 70 Zentimeter breit und 65 Zentimeter tief und mit Steinplatten ausgelegt sind, befanden sich Knochenreste, Ohrring, zwei Schnallen aus Bronze, eine Halskette aus Glassteinperlen, ferner zwei dolchartige Messer. Die Ausgrabungen werden im nächsten Monat fortgesetzt werden.

△ **Tödlicher Unglücksfall.** In einer Stahlwarenfabrik Mümling-Grumbach ereignete sich ein tödlicher glücksfall. Durch Zerplatzen eines Schleifsteins wurde 24-jähriger Arbeiter so schwer verletzt, daß der Tod eintrat.

△ **Tödlicher Unglücksfall.** Ein Landwirt fuhr in M. Köbel (Kr. Hanau) mit seinem Rad gegen einen Wagen, mit Steinen beladen war. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen am Rücken, daß er ins Hanauer Krankenhaus überführt werden mußte, wo er noch im Laufe der Nacht starb.

△ **Volkstrauertag und Freireligiöse Gemeinde.** Zu Beschlüssen des Kreistages der Freireligiösen Gemeinde, an der Gedächtnisfeier an den Frankfurter Ehrengräbern Volkstrauertage nicht zu beteiligen, weil vom Verwaltungsausschuss die Zulassung eines Sprechers der Freireligiösen Religionsgemeinschaft abgelehnt worden sei, wird uns unterrichteter Seite mitgeteilt, daß in der vorbereiteten Sitzung des Verwaltungsausschusses des Volksbundes Deutscher Kriegergräberfürsorge beschlossen wurde, die Freier im Rahmen zu halten und daß deshalb nur je ein Sprecher evangelischen, katholischen und israelitischen Religionsgemeinschaft Gedächtnisreden halten sollen. Das Ersuchen weist Religionsgemeinschaften auf Ansprachen mußte deshalb abgelehnt werden. Es bleibt also bei dem Beschlusse, daß bei jeder nur Vertreter der drei oben erwähnten Religionsgemeinschaften das Wort ergreifen.

△ **Keine Schürfungen im Frankfurter Stadtwald.** Längerem hatten die städtischen Behörden dem Abschluß des Vertrages zugestimmt, der eine Gesellschaft ermächtigen soll im Stadtwald in Frankfurt nach Bodenschätzen zu schürfen. Die Gesellschaft hat inzwischen mitgeteilt, daß sie mit Rücksicht auf die unglückliche Wirtschaftslage beschlossen habe, vom Abschluß des Vertrages abzusehen und nach Besserung der Wirtschaftsverhältnisse auf die Sache zurückkommen wolle.

△ **Der Arztetarif im Regierungsbezirk Wiesbaden.** einer Nota „Neue Arztetaxe im Regierungsbezirk Wies-

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
E. Kiermann, Stuttgart.

15 „Ja. Mein Vater war gleichfalls davon überzeugt.“ Doktor Torwald, der bisher den Eindruck gehabt, daß sein Klient erst durch ihn von dem Prozeß Kenntnis erhalten habe, wurde immer erstaunter und ließ diesem Erstaunen Worte.

„Ich dachte, Sie wußten gar nichts von den Ereignissen, die sich seit Ihres Vaters Auswanderung hier im Schloß Ihrer Familie abgespielt haben. Herr von Rosenschwert? Sie beauftragten mich doch gleich bei Ihrem ersten Besuch, Erkundigungen einzuziehen.“

„Gewiß! Denn ehe ich selbst einen Schritt tat, wollte ich völlige Klarheit über die Tatsachen haben. Zeitungsberichte sind keine verlässlichen Quellen. Und lediglich solchen, die der Zufall meinem Vater in die Hände spielte, verdankte er die Kenntnis des Prozesses. Die Sache hat ihn in seiner letzten Lebenszeit beständig beschäftigt und seinen Entschluß, die ihm zukommende Stellung wieder einzunehmen, befestigt. Leider machte die gerade um diese Zeit zutage tretende schwere Stoffwechselerkrankung, der er ein Jahr später erlag, die Ausführung dieses Entschlusses von Monat zu Monat weniger möglich, so daß er sie schließlich mir als Vermächtnis hinterließ.“

„Wenn ich Sie also recht verstehe, Herr von Rosenschwert, so vermuten Sie das fragliche Dokument noch irgendwo in Gassenhofen versteckt und erwarten das Schloß, um danach zu suchen?“

„Natürlich. In erster Linie zu diesem Zweck. Denn was würde mir der alte, vernachlässigte Kasten nützen, ohne das dazu gehörige Vermögen? Kinde ich aber das Haus gleich auf, dann bedarf es keines langwierigen Prozesses

mehr, um das von meinem Onkel errichtete Testament für null und nichtig zu erklären und die Rombergs zur Herausgabe der gesamten Erbschaft zwingen zu lassen. Selbstverständlich müßte dann auch der jetzt erlegte Kaufpreis zurückerstattet werden.“

Torwald wunderte sich im stillen über seine eigene bisherige Blindheit. Dieser letzte Spruch eines sehr alten Geschlechts, dem er alle möglichen pietätvollen Ideale zugehört hatte, entpuppte sich da nun als ein sehr praktischer Geschäftsmann.

Uebrigens war es das einzige Mal, daß Heinrich Rosenschwert sich in so deutlicher Weise über seine Angelegenheiten äußerte. Denn sonst war er ein äußerst verschlossener, wortkarger Mensch, der mit niemandem verkehrte und auch zufälligen Bekanntschaften beinahe schroff aus dem Wege ging. Darin lauteten die Aussagen Doktor Torwalds, Frau Wantochs und der Kellner des Speisehauses, in dem Rosenschwert seine Mahlzeiten einzunehmen pflegte, völlig gleich.

Nie hatte man ihn mit jemand, außer den genannten Personen, sprechen sehen, nie war jemand zu ihm gekommen. Als Frau Wantoch ihn einmal mit ihrem sie öfter besuchenden Knecht bekannt machen wollte, zog er sich unter wichtigem Vorwand fluchtartig in sein Zimmer zurück.

„Das sieht ja förmlich wie Menschenfressen aus“, sagte Elias Sempel, den der Fall immer mehr zu interessieren schien und mit dem Doktor Wasmut öfter darüber sprach.

„Den Eindruck habe ich auch“, meinte der Untersuchungsrichter nachdenklich. Aber es mag den ganzen Fall nur noch rätselhafter. Wenn niemand Rosenschwert kannte, wer hat ihn dann ermordet? Außerdem war er erwiebsenmaßen höchst mißtrauisch! Wie konnte es dem Mörder gelingen, zu ihm zu bringen, besonders da die Quartiergeberin, als sie fortging, ihren Einkauf zu besorgen, die Wohnung von außen verbarrikadierte?

Sempel betrachtete aufmerksam seine Fingernägel. „Vielleicht müßte man in der Vergangenheit dieses Mannes nachforschen“, sagte er endlich lässig. „Du hast ja nach Sidney gefahelt. Was für Auskünfte gab man Dir denn von dort?“

„Eigentlich keine neuen. Es stimmt alles genau mit dem überein, was Rosenschwert seinem Rechtsanwalt mitteilte und wir zum Teil schon aus seinen Tagebuchaufzeichnungen entnehmen. Sein Vater, der sich schlechtweg Rosennante, bei der Behörde aber seinen vollen Namen und Titel angegeben hatte, war Besitzer einer großen Plantage und heiratete 1854 ein Fräulein Elisabeth Werner, die als Erzieherin mit der Familie des deutschen Konsuls nach Australien kam. Heinrich ist das einzige Kind dieser Ehe. Der alte Rosenschwert starb 1915, 93 Jahre alt, an Altersschwäche. 1916 wurde die Plantage verkauft. Danach trat Heinrich die Reise nach Europa auf einem holländischen Dampfer an.“

Elias Sempel war den Worten seines Freundes Doktor Wasmut aufmerksam gefolgt; er richtete sich auf.

„Weißt Du vielleicht zufällig, wie der Dampfer hieß?“

„Ja. „Van Zooplen“. Rosenschwert erwähnte es einmal zu Doktor Torwald.“

„Der Tote war nicht verheiratet?“

„Nein. Auch das wurde mir amtlich bestätigt.“

„Demnach erben die Ludmanns seinen Nachlaß?“

„Ja. Und ich muß sagen, das ist für mich entschieden der erfreulichste Punkt dieser ganzen Sache“, sagte Doktor Wasmut warm. „Die beiden Damen haben, wenn sie es auch nicht merken lassen wollten, viel entbehrt seit dem Tode des Majors Ludmann und sind, was Erziehung und Veranlagung anbelangt, entschieden nicht geschaffen für die beschränkte Verhältnisse. Besonders die Tochter, die stolze, königliche Geschöpfung — es wäre schrecklich, wenn ihr Lebensabend hätte Klavierstunden geben müssen.“

germanen" teilt der „Kurzliche Unterband Nassau im Verband der Ärzte Deutschlands" mit, daß die Berücksichtigung nicht den Tatsachen entspricht. Der Verband Nassau stellt fest, daß keinesfalls bei den Ärzten ein Honorar handelt, die nur dann liquidiert werden, wenn eine mit der zuständigen Bezirks-Vertrags-Kommission der Ärztekammer abgeschlossener ge-
am einbezüglicher Vertrag besteht, der die Gemeinden zur Zah-
lung eines jährlichen Fixums zur Abgeltung der ärztlichen
Leistungen verpflichtet. In den Orten, die keine derartigen
Verträge abgeschlossen haben, werden entsprechend höhere Ge-
bühren berechnet.

Politisches.

Die Lurussteuer. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold
hatte in seiner Etatsrede im Reichstage die völlige Aufhebung
der Lurussteuer in Aussicht gestellt. Laut „Vossischer Zeitung"
sollten dann aber gegen den Verzicht auf die Steuer starke Be-
denken geltend gemacht worden sein. Das genannte Blatt
hört nunmehr, daß es gelungen sei, diese Bedenken zu zer-
streuen. Es sei daher endgültig mit der Aufhebung der unter
der Bezeichnung Lurussteuer erhobenen besonderen Umsatzsteuer
zu rechnen.

Ausführungen gegen Deutsche in Oberschlesien. Am
Samstag Abend wurde in Virenhain eine Anzahl Deutscher,
die von der Verdringung Lamprechts aus Virenhain nach Viren-
hain zurückkehrten, von Mitgliedern der Aufstandsverbände
überfallen und schwer mißhandelt, darunter auch Frauen und
Kinder. Das gleiche wird aus Schwienichowitz berichtet.
Mitglieder des deutschen Sejmklubs wollen heute an Ort und
Stelle die nötigen Erhebungen anstellen und bei der Wojwood-
schaft hiergegen Beschwerde erheben. Die von einigen Zeit-
ungen gebrachte Meldung von einer angeblichen Hand-
granatenerplosion in Kattowitz ist nach Erkundigungen an
maßgebender Stelle frei erfunden.

Deutsch-österreichische Besprechungen über den Arbeits-
markt. Wie eine Wiener Korrespondenz erfährt, haben zwischen
Vertretern der beteiligten Ministerien Deutschlands und
Österreichs dieser Tage in Wien Besprechungen über den
Arbeitsmarkt stattgefunden. Man kam dahin überein, daß
durch fortlaufenden und rechtzeitigen Austausch von Ver-
öffentlichungen über den Arbeitsmarkt Reibungen künftig am
besten beseitigt werden.

Nordtirol will sich an den Völlerbund wenden. Wie
die Wiener Blätter melden, hat sich der Landeshauptmann von
Tirol, Dr. Stumpf, nach Wien begeben, um der Bundesregie-
rung von der großen Erregung der Tiroler Bevölkerung Mit-
teilung zu machen und um von der Regierung Schritte zu ver-
langen, die zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen können.
Wie in Wiener politischen Kreisen verlautet, wird der Tiroler
Landtag in dieser Woche zusammentreten und beschließen, sich
direkt an den Völlerbund zu wenden, da die Bundesregierung
der Ansicht ist, daß die Voraussetzungen für einen solchen
Schritt in der Südtiroler Frage nicht gegeben sind.

Der Papst gegen erneute italienische Kirchengeseh-
gebung. In der bevorstehenden parlamentarischen Behand-
lung der von einem besonderen Ausschuss ausgearbeiteten
Regierungsprojekte über die Kirchengesetzgebung in Italien
hat der Papst an den Kardinalstaatssekretär Gasparri ein
Schreiben gerichtet, in dem nochmals nachdrücklich darauf hin-
gewiesen wird, daß jene Priester, die von der Regierung zur
Teilnahme an den Arbeiten dieses Ausschusses berufen worden
waren, vom Vatikan keinen Auftrag bekamen, wohl aber die
Erlaubnis zur Teilnahme an den Arbeiten erhalten hatten.
Nachdem nunmehr über diese Vorschläge Gesetz werden sollen,
sieht sich der Papst zu der Erklärung genötigt, daß er niemand
das Recht und die Macht der Gesetzgebung über ihm unter-
geordnete Dinge und Personen zuerkennen kann, wenn nicht
im voraus Verhandlungen und bindende Abmachungen mit
dem Vatikan und dem Papste erfolgt sind. Jene, welche
Verhandlungen und irgendwelche Vereinbarungen können
aber nicht erfolgen, solange die ungerechten Verhältnisse be-
stehen, in denen sich der Heilige Stuhl und der Papst befinden.

Ein italienischer Senator über Südtirol. Die Zeitschrift
„Nuova Antologia" bringt einen Artikel des Senators Maggior-
ino Ferraris, der sich mit der Italiensierung Südtirols be-
faßt. Der Senator führt aus, daß Italien sich seit einiger Zeit
in der Richtung des freien Unterrichts bewege und in ziemlich
großzügiger Weise Privatschulen erlaube, wenn sie keinen
staatsfeindlichen Charakter tragen. Aber die offizielle öffentliche
Schule müsse italienisch sein, sowohl in ihrer Unterrichtssprache
wie in ihrem Charakter. Ferner führt Ferraris aus, daß die
offizielle Sprache das Italienische sein müsse, sowohl in den
öffentlichen Akten wie im öffentlichen Leben, auch wenn man
hier und da vernünftige Ausnahmen machen müsse. Der
Senator schreibt zum Schluß, man möge die Eisenbahntarife
nach Südtirol verbilligen, damit die Südtiroler, die sonst gleich-
sam von Italien abgeschlossen seien, Italien und die italieni-
schen Sehenswürdigkeiten besuchen könnten, um auf diese Weise
in einen Kontakt mit Italien zu kommen.

Lokales.

Gedenktage für den 26. Februar.

1529 Reichstag zu Speier. — 1802 * Der französische Dichter
Victor Hugo in Besançon (+ 1885). — 1815 Napoleon I. verläßt
Elsa. — 1835 * Der Ethnograph Richard Andree in Braunschweig
(+ 1912). — Der Dichter Thomas Moore in Elphinstone Cottage
(* 1779). — 1867 * Der Geograph Siegfried Passarge in Königs-
berg i. Pr. — 1871 Unterzeichnung des Präliminarfriedens zu
Versailles.

Dem Frühling entgegen

Die Sonne zieht von Tag zu Tag größere Kreise am
Firmament und mit jedem Tag sendet sie wärmere Strahlen
auf die Erde, um die noch schlafende Natur aus der Erde
herauszuloden. Und die Abgesandten der Himmelskönigin
haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Frühling rüstet sich
bereits zu seinem Siegeszug durch die Natur. Wenn auch die
ersten Frühlingsblumen ihre Augen der Sonne noch nicht ge-
öffnet haben und noch sanft in der Erde schlummern, so sieht
man doch hier und da an den sich bildenden Knospen an Baum
und Strauch, daß der Frühling nicht mehr allzu fern sein kann.
Die ersten Vorboten des Frühlings, die Palmfächerchen, haben sich
bereits gebildet und freundlich lächeln sie bereits den Vorüber-
gehenden an, als wollten sie ihm einen Gruß des kommenden
Frühlings übermitteln.
Wenn das milde Frühlingswetter anhält, wird es nicht
mehr lange dauern und Prima Verilina ist in der Natur ein-

gezogen mit all seiner Pracht und all seinem Duft. Dann
werden die Blumen aus ihrem Winterschlaf erwachen und aus
der Erde hervorlugen, zuerst noch etwas scheu und schlaftrunken:
doch unsere Sonne hat sie bald vollends wachgelöst und sobald
sie die belebende Wärme ihrer Strahlen verspüren, werden sie
ihre jungen Glieder dem Licht entgegenstrecken. Sie werden
ihre herrlichen Blütengeväse entfalten, und das öde Grau des
Vorfrühlings mit ihren bunten Farben beleben. Grün schießt
es hervor aus allen Bäumen und Sträuchern und die Natur
wird auferstehen aus dem bleichen Schlaf zu neuer Pracht und
Herrlichkeit. Die Vögel lehren wieder aus dem Süden und er-
wecken mit ihrem herzerfrischenden Gesang den letzten Rest der
noch schlafenden Natur. In jubelnden und jauchzenden Weisen
feiern sie des Frühlings Einzug.

Jetzt schleicht sich in die Brust des Großstadtmenschen
jenes unbezwingliche Gefühl, das ihn herausdrängt in die
freie Natur, hinaus in die reine Luft und er wird dem Drange
folgen und hervortreten aus den kalten und feuchten Wohn-
räumen der Großstadt dem Lichte entgegen und der Gesundheit
und er wird sich baden in der Sonne und begierig saugen den
kräftigen, frischen Duft, den ihm die neugeborene Natur aus
ihrem vollen Füllhorn spendet.

Dann werden wir sie wiedersehen, die Buben und Madeln,
wie sie mit Sing und Sang hinausziehen und den beengenden
Häusern der Stadt, hinein in den saftreichen Wald, auf die
farbenprächtigen Wiesen, und aus der vollen Brust löst sich ein
Juchzer nach dem anderen und schwebt empor zum Himmel
und die hellen Jubelschreie der entseelten Städter eifern um
die Wette mit dem Gosianna der Vögel: O Frühling, wie bist
du so schön!

O Frühling, du Beglückter der Menschheit und der Natur,
o komme bald mit deiner Pracht und deinem Duft, sende uns
Licht und Sonne. In unsere Herzen ziehe ein und lasse die
Menschengemüter aufatmen und vergesse für eine Weile der
drückenden Alltagsorgen. Wir alle, alle brauchen den Früh-
ling! Wenn auch die Not groß ist, wenn auch mancher der
Verzweiflung nahe ist und den Mut verloren hat zu glauben
und zu hoffen — der Frühling kommt ja und muß Viderung
bringen, muß uns wieder gesund machen! Denn: Es muß
doch Frühling werden!

Wetterbericht. Die Witterung wird auch weiterhin un-
beständig bleiben bei anhaltender Neigung zu Regenfällen. Die
Temperatur wird leicht zurückgehen.

Zum Volkstrauertag. Am 28. Februar, dem Volks-
trauertag, gehen die Veranstaltungen im gesamten Reich von
dem Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge aus. Die
Reichsregierung hat angeordnet, daß auf sämtlichen Dienst-
gebäuden halbmaß geslaggt wird. Die Reichsregierung wird
in der Presse eine Kundgebung aus Anlaß des Volkstrauer-
tages erlassen. Von offiziellen Veranstaltungen hat die Reichs-
regierung abgesehen, jedoch ist beabsichtigt, daß die Reichs-
regierung an der Kundgebung im Reichstag teilnimmt. Reichs-
präsident von Hindenburg hat sein Erscheinen zu dieser Kund-
gebung in Aussicht gestellt.

Die geplante Aufhebung der Lurussteuer. Wie der
Reichsminister der Finanzen in seiner Etatsrede angekündigt
hat, ist die Aufhebung der Lurussteuer in Aussicht genommen.
Es ist nur die Frage offengeblieben, ob in kleinem Ausmaße
die erhöhte Umsatzsteuer bei solchen Gegenständen beibehalten
werden soll, bei denen sie weder kulturpolitisch noch volkswirt-
schaftlich bedenklich erscheint. Die Frage, ob eine solche Liste
von geringem Umfange sich aufstellen läßt, oder ob dabei im
einzelnen doch Schädigungen der in Betracht kommenden
Unternehmungen zu befürchten sein werden, bildet noch Gegen-
stand der Unterhandlungen. Schon jetzt steht jedenfalls fest,
daß die meisten der zurzeit noch erhöht steuerpflichtigen Gegen-
stände aus der erhöhten Steuerpflicht ausscheiden werden. Es
gilt dies z. B. von Waren aus unedlen Metallen, Gegen-
ständen der Keramik, der Porzellan- und Glasindustrie, Gegen-
ständen der optischen und der Musikinstrumentenindustrie,
von Beleuchtungskörpern, Bekleidungsgegenständen, Möbeln,
Schuhen usw. Es wird nach Möglichkeit Sorge dafür getragen
werden, daß für alle diese Gegenstände die Steuerfreiheit mit
dem 1. April 1926 eintritt, sofern nicht zu diesem Zeitpunkt
die erhöhte Umsatzsteuer überhaupt wegfällt.

Keine Mieterhöhung für März. Wie die „Kreuz-
zeitung" von zuverlässiger Stelle erfährt, bleibt es in Preu-
ßen durch Kabinettsbeschluss bei dem Februarfuß von 84 bzw.
80 vom Hundert der Friedensmiete.

Gebührenpflichtige Wohnungsnachfragen. Vom 1. März
1926 ab werden für die Beantwortung von Wohnungsnach-
fragen durch das Einwohnermeldeamt Gebühren wie folgt er-
hoben: a) soweit die Angaben aus den Meldeeregistern, Listen,
Karteien usw. gemacht werden können 0.50 M., b) sofern
Nachfragen, Ermittlungen usw. erforderlich sind, 1 M. M.
Erfahrungsaussagen sind von der Entrichtung der Gebühren für
Wohnungsaussagen nicht befreit.

Ein Regimentsappell. 10 000 ehemalige Argonnen-
kämpfer, sowie Teilnehmer an Großkampftagen um Verdun, in
der Champagne und in Flandern kommen im Mai d. J. nach
Essen. Das Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145, ehemals
Meß, hält am 15. und 16. Mai in treuer Kameradschaft seinen
ersten Regimentsappell ab. Die Unterbringung erfolgt in
Privatquartieren, die von der Bürgerschaft bereitwillig zur
Verfügung gestellt werden. Die Verpflegung ist frei. Anmel-
dungen aller Regimentsangehörigen aus Krieg und Frieden
sind ungefäumt an Hermann Siepmann, Essen, Jfenberg-
straße Nr. 27, zu richten.

Die Militärversorgungsgeldleistungen für den Monat
März werden nur am 26. Februar früh von den zustän-
digen Poststellen ausgezahlt.

Gesangsverein „Sängerbund". Am Sonntag, den 14.
März veranstaltet der G.-V. „Sängerbund" nachmittags
4 Uhr sein diesjähriges Frühjahrskonzert. Mit Aus-
nahme eines Chores sind alle daselbst zum Vortrag ge-
langenen Chöre und Volkslieder neu einstudiert. Als
Solist ist der auch hier bestens bekannte Baritonssänger
Herr Adolf Müller aus Frankfurt a. M. gewonnen wor-
den. Der Verein wird bestrebt sein allen Kunstfreunden
ein wahrhaft künstlerisches Programm zu bieten. Wir
weisen schon jetzt auf den Kartenerkauf im Sängerheim
und bei den Mitgliedern hin. Nähere Einzelheiten in
den nächsten Zeitungsaussagen.

Fußball. Am kommenden Sonntag weilt der A-Meister
F.-C. Unterliederbach hier und spielt gegen die 1. Mann-
schaft des hiesigen Sportvereins. Die 1b-Mannschaft emp-
fängt die 1. M. „Vorussia" Weidenau und die Jgdm. die
gleiche der F.-Vgg. 06 Kassel.

„Tannus-Bildspiele". Der 3. und 4. Teil des Riesen-
filmwerkes „das große Radiumgeheimnis" läuft am Frei-
tag und Sonntag Abend. Allen Besuchern der letzten
Vorstellungen sind noch die fabelhaften Sensationen der
beiden ersten Teile in Erinnerung. Noch gewaltiger
sind die Leistungen in den beiden letzten Teilen. Erwähnt
sei noch der Pianist, der für gute Musik sorgt. Näheres
ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

Handelsteil.

Berlin, 24. Februar.

— Devisenmarkt. Das wichtigste Ereignis war heute eine
plötzlich scharfe Beseitigung der französischen Baluta. Schon
gestern fanden an der New Yorker Börse Interventionskäufe statt,
die aufeinander an den europäischen Devisenplätzen fortgesetzt wor-
den. Der Wechselkurs London—Paris konnte daher auf 132 1/2 an-
ziehen. (Vortag ca. 135 1/2.)

— Effektenmarkt. Die Grundtendenz war freundlich, doch
fehlte es infolge der geringen Umsätze an nennenswerten Kurs-
veränderungen.

— Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen
(märk.) 24.6—25, Roggen (märk.) 14.2—14.7, Sommergerste
16.4—18.8, Winter- und Futtergerste 13.6—15, Hafer (märk.)
15—16, Weizenmehl 32.25—35.5, Roggenmehl 21—23, Weizenkleie
10—10.2, Roggenkleie 9—9.2.

Frankfurt a. M., 24. Februar.

— Devisenmarkt. Im Devisenverkehr zeigte der Pariser
Franken bei kleinem Geschäft eine neue erhebliche Erholung bei
einem Kurs von 132.9 in Hundspartität. Die übrigen Valuten
blieben unverändert.

— Effektenmarkt. An der Börsenhaltung ist eine wesentliche
Änderung nicht eingetreten. Die Stimmung war anfangs nicht
unfreundlich, doch konnte sich die weitaus größte Zahl der Effekten
bei Börsenbeginn knapp behaupten. Am deutschen Rentenmarkt
hatten Schutzgebietsanleihen die Führung bei einer neuen Stei-
gerung auf 7.85. Kriegsanleihen kaum verändert 0.951. Auslän-
dische Renten waren überwiegend leicht abgeschwächt.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Brandholzversteigerung.

im Gemeindegeld Flörsheim a. M.

Am Dienstag, den 2. März ds. Jrs. kommen aus den
Distrikten 1, 4, 6, 8 und 11 nachstehende Holzsortimente
zur Versteigerung.

Distrikt 1. 6 Rm. Eichen-Knüttel, 11 Rm. Birken-
Knüttel, 14 Rm. Kiefern-Scheit, 342 Rm. Kiefern-Knüttel
und Radeln mit 3, 4 und 4,5 m. Länge.
Distrikt 4. 2 Rm. Eichen-Scheit, 3 Rm. Eichen-Knüttel,
Distrikt 6. 7 Rm. Birken-Knüttel, 1 Rm. Kiefern-
Knüttel,
Distrikt 8. 2 Rm. Kiefern-Scheit,
Distrikt 11. 13 Rm. Kiefern-Knüttel, 3 Rm. Kiefern-
Reisbengel.

Zusammenkunft und Anfang vorm. 10 Uhr Distrikt 1
Grohausschneise. Die Käufer aus Distrikt 4, 6, 8 und 11
kommen im Distrikt 1 mit zur Versteigerung.

Flörsheim a. M., den 17. Februar 1926.

Der Bürgermeister: Laud.

Am 28. Februar 1926 soll in der hiesigen Gemeinde
eine öffentliche Totenfeier für unsere Gefallenen stattfinden.
Zum Zwecke der Besprechung über die Veranstaltung der
Feier gestatte ich mir, die Herren Vorsitzenden sämtl. hies.
Vereine, die an der Feier Interesse haben, auf Freitag,
den 26. Februar 1926 abends 8 Uhr in das Rathaus,
Sitzungsraum, einzuladen.

Öffentliche Mahnung zur Zahlung der staatlichen Steuer
vom Grundvermögen, Hauszins- und Gemeindesteuer.
Diejenigen Zahlungspflichtigen, die mit der Zahlung
der staatlichen Steuer vom Grundvermögen, Hauszins- und
Gemeindesteuer für den Monat Februar ds. Jrs. im Rück-
stand geblieben sind, werden hiermit gemahnt. Die fällig
gewesenen Beträge sind einschließlich Verzugszuschlag um-
gehend an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Gleichzeitig wird wiederholt erinnert an die Zahlung
der Kreis- und Gemeindeförderung, sowie der Beiträge
zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und der
sämtlichen rückständigen Gemeindegebühren.

Flörsheim, den 24. Februar 1926.

Die Gemeindegasse Claas.

Als zugelaufen wurden 2 Gänse gemeldet. Eigentums-
ansprüche sind im Rathaus Zimmer 3 geltend zu machen.

Die Besitzer von Kraftwagen, Personenkraftwagen und
Motorräder werden aufgefordert, bis Dienstag, den 2.
März ihre Fahrzeuge, unter Vorlage der Zulassungsbe-
scheinigung, auf dem Rathaus Zimmer 3 anzumelden.

Verfügt: Schutz der Weidenläschen.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß auf Grund
des § 1 der Reg. Polizei-Verordnung vom 11. Februar
1920 das Abschneiden und Abreißen von Weidenläschen,
sowie der Handel mit solchen, ohne polizeiliche Erlaubnis,
bei Strafe verboten ist. Die Eltern werden ersucht, ent-
sprechend auf ihre Kinder einzuwirken.

Flörsheim, den 23. Februar 1926.

Die Polizeiverwaltung: Laud, Bürgermeister.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 6.30 Uhr hl. Messe für Magd. Emrich und Franziska
Mitter (Krankenhaus), 7 Uhr Amt für verstorb. Eheleute
Kaltenhäuser, 8 Uhr Fastenandacht.
Samstag 6.30 Uhr hl. Messe für Math. Petz (Schwesternhaus),
7 Uhr Jahramt für Frz. Stüder.

Israelitischer Gottesdienst.

Samstag, den 27. Februar 1926. Sabbat: Tezaweh. P. Sohar.
5.30 Uhr Vorabendgottesdienst.
9.00 Uhr Morgengottesdienst.
2.00 Uhr Minchagabed.
6.50 Uhr Abendandacht Purimfest.

Bermischtes.

□ 12%prozentige Aufwertung der Sparlaffenguthaben in Sachsen. Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, nach der die Aufwertung der Sparlaffenguthaben bei allen öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparlaffen ohne Bildung einer Teilungsmasse und ohne Bestellung eines Treuhänders zu einem Aufwertungsakt von 12% Prozent des Goldmarkbetrages der Sparlaffenguthaben erfolgt.

□ Ein schweres Autounfall. In der Nacht fuhr auf der Straße Hochschänke-Meusalz bei Planen i. B. ein Auto aus Weiskopf an eine Straßenbahn an. Die Insassen wurden im Bogen weit heraus auf eine Wiese geschleudert, wo sie mehr oder weniger schwer verletzt liegen geblieben sind. Das Auto wurde vollständig zertrümmert.

□ Die Grundmauern einer alten Königsburg gefunden. Nachdem im vergangenen Herbst bei Ausgrabungen in der Nähe der Kammelsberg-Kaserne in Goslar die Grundmauern der alten Johanniskirche freigelegt wurden, hat jetzt ein glücklicher Zufall zur Freilegung von Grundmauern geführt, die mit Sicherheit der alten Steinbergburg Heinrichs IV. zuzurechnen sind, dem Kastellum in Monte Lapideo, wie sie in den Urkunden genannt wird. Die Mauer wurde bei Ausschachtungsarbeiten am Schieferberg freigelegt und als ein unzweifelhaft mittelalterliches Bauwerk festgestellt. Sie ist etwa 90 Zentimeter stark, einen Meter hoch und in einer Länge von 30 Metern bloßgelegt.

□ Verurteiltes Todesurteil. Vom Schwurgericht Stendal war am 6. November 1925 die 25jährige Emma Steinhardt aus Seehausen bei Wittenberge wegen Mordtötung zum Tode verurteilt worden. Die Angeklagte hatte am 3. Dezember 1924 ihr fünf Monate altes Kind, das das fünfte uneheliche war, von der Brücke in die Elbe geworfen. Die Angeklagte wollte sich verheiraten, sollte aber nur vier Kinder mit in die Ehe bringen. Deshalb war sie zu diesem Entschluß gekommen. Der 3. Strafsenat des Reichsgerichtes beschäftigte sich als Revisionsinstanz heute mit dieser Sache und kam nach längerer Beratung zur Verurteilung der Revisionsinstanz.

□ Brand eines Schlosses. Auf dem Schloß eines Rittergutsbesitzers im Landkreis Greifswald entstand ein Feuer, das das ganze Obergeschloß des Schlosses in etwa 40 Meter langer Ausdehnung ergriff. Während der Löscharbeiten wurden mehrere Personen verletzt. Ein Arbeiter wird noch vermisst.

□ Die Schießerei im Falkenhagener Forst. Der Begleiter Ohlsen des von der Hilfsförster Ruder in der Försterei Dunebrück bei Falkenhagen erschossenen Berliner Buchdruckers Johann Stephan wurde in Schöneberg festgenommen. Auch Ohlsen hat, wie er einräumt, mehrere Schüsse auf den Hilfsförster abgegeben.

□ Zwei Arbeiter in einem Hüttenwerk verbrannt. Als auf einem Hüttenwerk in Oranienburg bei Berlin zwei Arbeiter vor dem Schachtofen mit dem Rhippen von Schlacken beschäftigt waren, erfolgte plötzlich aus dem Innern der Schlackenmasse heraus eine Explosion. Eine Stichflamme erfaßte die Kleider der Arbeiter, die am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

□ Dammbruch. Wie der „Vote aus dem Riesengebirge“ aus Mauter-Waltersdorf meldet, ist der Damm des Umleitungskanals des Bobers beim Bobertkraftwerk, das unterhalb der Talsperre gelegen ist, in einer Länge von zehn Metern gebrochen. Die Ursache des Unfalles ist nicht bekannt. Durch das ausströmende Wasser wurde eine größere Fläche von Wiesen und Feldern und auch das Bärterhaus des Elektrizitätswerkes eines Kraftwerkes unter Wasser gesetzt. Der Schaden ist bedeutend.

□ Ein Bombenattentat in Kattowitz. Die Meldungen ober-schlesischer Blätter über einen Bombenanschlag in Kattowitz betrafen sich. Nachdem die ausländischen Stellen bis jetzt

den Vorfall bestritten, ist durch Erkundung an Ort und Stelle einwandfrei festgestellt worden, daß in dem fraglichen Hause ein Sprengstoffkörper zur Explosion gebracht worden ist, wobei nicht unerheblicher Schaden verursacht wurde. Von polnischer Seite wird behauptet, daß es sich nicht um ein politisches Attentat, sondern um einen rein persönlichen Racheakt gegen einen Hausbewohner handelt.

□ Der Hamburger Dampfer „Maron“ gesunken. Der bei Falsterbo gestrandete Hamburger Dampfer „Maron“ ist bei dem Versuch, mit eigener Maschine weiterzufahren, unweit des Strandungsplatzes gesunken. Die Besatzung wurde gerettet. Dagegen ertrank der Steuermann eines Rettungs-schiffes.

□ Zwei deutsche Schiffe verunglückt. Der deutsche Dreimastschoner „Friederike“ geriet an der schwedischen Küste in Brand. Das Schiff mußte auf Land gesetzt werden. Die 7 Mann starke Besatzung konnte sich retten. — Auch an der dänischen Küste ereignete sich ein Schiffsunglück. Auf der Hamburger Motor-Galeasse „Räbe“, die mit Eichenpfosten beladen war, lösten sich einige Pfosten, zertrümmerten eine Luke, durch die das Wasser eindrang, so daß das Schiff in wenigen Minuten sank. Die aus drei Mann bestehende Besatzung erreichte in gänzlich erschöpftem Zustand die dänische Küste.

□ Die Schulschulen 1926/27 in Hessen-Nassau. Im Regierungsbezirk Wiesbaden sind die Ferien für das kommende Schuljahr wie folgt festgesetzt worden: Ostern: Samstag, 27. März bis Dienstag, 13. April. Pfingsten: Freitag, 21. Mai bis Dienstag, 1. Juni. Sommer: Freitag, 2. Juli bis Dienstag, 3. August (für die Städte Biedrich, Diez, Bad Ems, Weisenheim, St. Goarshausen, Hadamar, Limburg, Marburg, Montabaur, Oberlahnstein, Weilburg und Wiesbaden: 16. Juli bis Dienstag, 17. Aug.). Herbst: Dienstag, 28. Sept. bis Mittwoch, 13. Okt. Weihnachten: Donnerstag, 23. Dez. bis Freitag, 7. Januar 1927. Das Schuljahr schließt am Samstag, 9. April 1927.

□ Ein Handwerksmeister als Ehrenbürger. Dem Vorsitzenden der Hessischen Handwerkskammer in Darmstadt, Innhaltslehrermeister Kuhl, wurde von der Technischen Hochschule zu Darmstadt die Würde eines Ehrensenators verliehen.

□ Errichtung eines Kinderheims. Der Kreistag bewilligte 200 000 Mark zum Ankauf des Gutes Beherbusch in Altenkirchen samt 100 Morgen Land. Das Gut soll in ein Kinderheim umgewandelt werden.

□ Befähigung des Hanauer Selbstauschlagamtes. Die Spitzen der Behörden beauftragten das neue Hanauer Selbstauschlagamt, das demnächst in Betrieb genommen werden soll. Für das neue Amt ist eine Lebensdauer von 25 Jahren vorgesehen, während die Ämter in der bisherigen Form nur ca. 15 Jahre in Betrieb sein konnten. Das Amt, das jetzt 2200 Teilnehmer hat, kann bis auf 10 000 Teilnehmer erweitert werden.

□ Aufhebung der privaten Autobahnverbindungen. Die privaten Autobahnverbindungen von Offenbach-Mühlheim a. M.,



Der Völkerverbund in Genf während einer Vollversammlung.

Offenbach-Mühlheim, Offenbach-Oberhessen, Offenbach-Deusenstamm und Offenbach-Froschhausen sind Anordnung des Kreisamtes seit Samstag unterlag, Stellung ist auf den Einspruch der Reichseisenbahnen erfolgt.

□ Tagung des Hessischen Oberförster-Verbandes. Frankfurt a. M. fand eine außerordentliche Tagung des Hessischen Oberförster-Verbandes statt, um zu den Beschlüssen des Finanzsausschusses des Hessischen Landtages über die „Forst- und Kameralgüter“ Stellung zu nehmen. Der Tagung wohnten ein Vertreter des Finanzministers, die gesamte Abteilung und Landtagsabgeordnete bei. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Der Anlaß der Beschlüsse des Finanzsausschusses des Hessischen Landtages einberufene außerordentliche Tagung des Hessischen Oberförster-Verbandes ist sich einhellig über die der Vorlage des Hessischen Staates klar. Es ist außer Zweifel, Sparmassnahmen ergriffen werden müssen. Der Verband hält es aber für seine Pflicht, nachdrücklich zu warnen, Beschlüssen, deren Durchführung keine Ersparnis bedeuten, deren eine wesentliche Verminderung der Reineinnahmen des Staats- und Gemeindefinanzwesens zum Nachteil des Wohles.“

□ Der Besuch Dr. Stresemanns in Frankfurt. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hielt sich im Kreise seiner Parteifreunde aus Frankfurt a. M., Hessen-Nassau und Hessen auf, wobei er über die Ziele seiner Politik und die Deutsche Volkspartei sprach. Abends speiste Dr. Stresemann im Klub für Handel und Industrie, wo er ebenfalls vertrauliche Mitteilungen machte. Mit dem fahrbaren D-Zug trat der Reichsaussenminister die Rückreise nach Berlin an.

□ Raubüberfall im Personenzug Frankfurt-Zulda. Dem in Frankfurt a. M. abends abgehenden Personenzug wurde zwischen Salmünster und Schlüchtern, der Zug wegen starker Steigung sehr langsam fährt, ein Raubüberfall verübt. Der Räuber, ein baumlanger Kerl, sprang auf den fahrenden Personenzug auf und drang in ein Abteil, in dem ein Reisender allein saß, der jedoch die Geistesgegenwart hatte, sofort die Notbremse zu ziehen. Der Zug hielt sofort. Ein Bahnbeamter faßte den Strolch, dem es gelang, unter Zurücklassung seiner Mütze und seines Rockes in die angestrichelte Kasse zu entspringen und zu kommen. Die Polizei hat die Verfolgung eingeleitet.

□ Ein englischer Soldat von einem Auto getötet. Zwischen Idstein und Wörsdorf ereignete sich ein bedauerliches Unglücksfall. In der Nähe der Hedenmühle begegnete ein Personenzug acht bis zehn englische Soldaten. Auf dem noch nicht aufgeklärten Wege geriet dabei ein Soldat unter den Wagen und wurde überfahren. Der Besitzer des Wagens brachte ihn in die englische Kaserne, wo er bald darauf verstorben ist. Der Autofahrer wurde festgenommen und Vernehmung nach Wiesbaden gebracht.

□ Kulturarbeiten im Vogelsberg. Die Kulturarbeiten und Meliorationen im Kreise Hildesfeld nehmen seit Jahren einen stetigen Fortgang. Gegenwärtig werden Arbeiten ausgeführt bzw. geplant in den Gemarkungen Alfeld, Altenburg, Vieben, Bräunersdorf, Eisa, Hopfgarten, Rainrod, Rengsdorf, Schwarz, Streibendorf und Udenhausen. Wasser nasshaft sollen in Altenburg, Wilsershausen und Vieben errichtet werden, während in Rüfenrod, Otterbach und Altenburg neue große Viehweiden errichtet wurden.

□ Abschluß der deutschen Kommunalanleihe in Ameri. Die Anleiheverhandlungen zwischen dem deutschen Sparlaffen- und Giroverband und dem New Yorker Bankhaus J. P. Morgan & Co. sind zum formalen Abschluß gelangt, und zunächst über die erste Rate in Höhe von 15 Millionen Dollar. Die Anleihe wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in New York aufgelegt werden.

Taunus-Lichtspiele Flörsheim.

Freitag Abend 8.30 Uhr. Sonntag Abend 8.30 Uhr.



Sonntagmittag Kinder-Vorstellung.
3. und 4. Teil.

Näherinnen

— für den mechanischen Betrieb gesucht. —

Mech. Berufskleiderfabrik
H. & F. Adler

Frankfurt a. M. Bayenstraße 8-14.

Gesangverein „Sängerbund“ E. B., Flörsheim

Einladung.

Am Sonntag, den 28. Februar 1926 nachm. punkt 4 Uhr findet im „Sängerheim“ die diesjährige

Jahres-Hauptversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verlesung der Protokolle.
2. Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr.
3. Kassenbericht.
4. Bericht der Hauskommission.
5. Vorstandswahl.
6. Besprechung des Jahresprogramms.
7. Konzertbesprechungen.
8. Verschiedenes.

Erneute Anträge, die zur Tagesordnung gebracht werden sollen, müssen bis spätestens morgen Freitag Abend bei dem Unterzeichneten eingebracht sein. Die Mitglieder werden in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung gebeten recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand: A. Hamburger, 1. Vorsitzender.

Achtung!

Empfehle

Achtung!

Prima Rindfleisch	Pfd. 0.80
Prima Kalbfleisch	Pfd. 1.10
Frankfurter	Paar 0.50
Rindwürstchen	Pfd. 1.20
Rinderfett	Pfd. 0.50

Rohen und gekochten Schinken, sowie alle Würstwaren zu billigsten Preisen.

Mezgerei Dorn

Für die überaus zahlreichen Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer silb. Hochzeit sagen

herzlichen Dank

Ganz besonderen Dank Gesangverein Sängerbund und Eisenbahnverein Flörsheim.

Kaspar Hofmann und Frau Anna Maria geb. Siegfried.

Sämtl. Schreibarbeiten

Abschriften jeglicher Art, Entwurf v. Zivilprozessklagen, Klageantwortungen, Privatklagen, Vormundschaftsrechnungen, Einzelnungen von Forderungen, Steuer-Erklärungen, Voranmeldungen, Gesuche, Reklamationen, Anträge um Ermäßigung der Hauszins-Gebäudeversicherungsteuer, etc. werden schnell, distret und billig ausgeführt durch

Ph. Remmich

Büro für Rechts- u. Steuerkunde
Dochheim am Main.
Sprechstunden in Flörsheim a. M. Bahnhofrestaurant J. Messerschmitt, allwöchentlich Dienstags, Donnerstags und Samstag 2-6 nachm.
Beforgungen von Kataster- und Amtsgerichtspapieren — Führung von Geschäftsbüchern.

Große Preisermäßigung

im Februar-Verkauf!

Schlafzimmer

in schwerster Ausführung fertigt und liefert als Spezialität unter langjähriger Garantie die Möbelschreinerei Joh. Winter, Kriftel, Gartenstr. 9, Wegr. 1901. Telefon 455 Amt Dörfheim.

Kath. Ges.-Verein

Heute Abend um 8.30 Uhr ist Monatsversammlung.

Suche Pflegeeltern

für 6-jährigen kath. Jungen Off. unt. A. R. 50 a. d. Verlat

Schöner Spinat

Pfd. 25 Pfennig
Kopfsalat jeden Tag frisch zu haben bei

Adam Wilmann
Flörsheim Schusterstraße

Saat-Kartoffeln

1. Frühkartoffeln: Böhmische allerfrüheste gelbe, Kasperkone, Radok, Frührose und Odenwälder Blau.
2. Spätkartoffeln: Industrielle Böhmische Deittraut (Original). Alles norddeutsche Ware zu billigsten Tagespreisen. Bestellungen erbiten baldmöglichst. Roden Bahnhofstr. 13 oder Feldbergstr. 1.